



CGFP

fonction publique

numéro 42, février 2021
paraît 6 fois par an
10^{ème} année

compact

CGFP-NATIONALVORSTAND

CGFP-EXEKUTIVE

WIRD PERSONELL VERSTÄRKT

Die CGFP sieht derzeit keinen Grund, Abstand von ihrem eingeleiteten Schlichtungsverfahren zu nehmen, da die Regierung zwei zentrale CGFP-Anliegen noch nicht erfüllt hat. Um künftig für die wachsenden Herausforderungen gewappnet zu sein, wurde die Exekutive um zwei Mitglieder erweitert. Mit der Vereinigung der Sekundarschuldirektoren (ADIL) wurde zudem ein weiterer Fachverband in die CGFP aufgenommen.



Seit Jahren befindet sich die CGFP auf der Erfolgsschiene: Die Zahl der Mitgliedsorganisationen hat sich inzwischen verdreifacht. Die jüngsten Erfolge auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene spiegeln die entscheidende Rolle wider, die die CGFP bei der Wahrung und dem Ausbau der sozialen Errungenschaften im öffentlichen Dienst einnimmt.

Jaffke und Ricquier als Assessoren bestätigt

Diese beeindruckende Bilanz wird durch die weiterhin wachsenden Mitgliederzahlen bestätigt. 54 Jahre nach seiner Gründung vertritt der Dachverband der öffentlich Bediensteten mehr als 31.000 Mitglieder – Tendenz steigend. Der CGFP-Nationalvorstand hat dieser anhaltenden positiven Entwicklung Rechnung getragen. Im Rahmen seiner Sitzung am vergangenen 10. Februar unter strikter Einhaltung der COVID-19-Regeln hat der Nationalvorstand die CGFP-Führung um zwei Assessoren erweitert.

Mit der Aufnahme von Carmen Jaffke, Generalsekretärin der Berufsorganisation der

Sparkassen-Mitarbeiter (APBCEE), bekommt die CGFP-Exekutive erstmals ein weibliches Mitglied. Neu in der CGFP-Exekutive ist mit sofortiger Wirkung auch Pascal Ricquier, der zugleich Präsident der einflussreichen Polizeigewerkschaft SNPGL und Vorsitzender des „Syndicat Professionnel de la Force Publique“ (SPFP) ist. Dem vorausgegangen war eine entsprechende Satzungsänderung, die am 13. Januar anlässlich einer außerordentlichen Sitzung der Vorstandskonferenz verabschiedet wurde.

Vor dem Hintergrund der wachsenden gewerkschaftlichen Herausforderungen begrüßte der CGFP-Nationalvorstand die personelle Verstärkung. Mit dem Zuwachs in der Exekutive könnten die Anliegen der CGFP-Mitglieder künftig noch umfassender und wirksamer verteidigt werden, hieß es. Wie in der Vergangenheit bemühe sich die CGFP stets darum, die Kräfte zu bündeln, um die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu schaffen.

Die bisherigen Mitglieder des Exekutivbüros, CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, Generalsekretär Steve Heiliger, Erster Vizepräsident Claude Heiser, Vizepräsident Gilbert Goergen sowie Finanzverwalter Patrick Remakel waren bereits zuvor am 16. Dezember für weitere vier Jahre in ihrem Amt bestätigt worden.

ADIL als neuer Fachverband aufgenommen

In seiner jüngsten Sitzung gab der CGFP-Nationalvorstand mit einer Gegenstimme grünes Licht für die Aufnahme der kürzlich gegründeten „Association des membres des directions de l'enseignement postprimaire public luxembourgeois“ (ADIL). Im Schulterschluss mit der CGFP und der Lehrgewerkschaft FEDUSE/Enseignement-CGFP war die ADIL maßgeblich am erfolgreichen Widerstand gegen die höchst umstrittenen Privatisierungspläne des Bildungsministeriums beteiligt (siehe dazu Seite 5 und 6).

Diese enge Zusammenarbeit gipfelte darin, dass die ADIL dem Dachverband der Staatsbe-

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

diensteten beigetreten ist und demnach künftig unter dem Vorsitz von Roger Roth in den verschiedenen CGFP-Gremien vertreten sein wird. Inzwischen gibt es hierzulande in den öffentlichen Lyzeen 36 Direktionen mit insgesamt 200 Mitarbeitern.

Vorbereitung auf die Gehälterverhandlungen

Im Hinblick auf die bevorstehenden Gehälterverhandlungen mit der Regierung schloss die CGFP ihre Analyse weitgehend ab und stellte ihre Prioritätenliste auf. Ohne den anstehenden Gesprächen vorgreifen zu wollen, stehe für die CGFP jetzt schon fest, dass die hart erkämpften Errungenschaften nicht im Geringsten angetastet werden dürfen. Ganz oben auf der Agenda stehen auch die gesetzlichen Nachbesserungen für eine Reglementierung der Telearbeit. Einigkeit herrscht darin, dass die Verhandlungen mit der Dreierkoalition möglichst bald beginnen sollen.

Erfreut zeigte sich der CGFP-Nationalvorstand über das jüngste Abkommen zwischen der CGFP und dem Bildungsministerium. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff sprach all denjenigen, die am erbitterten Widerstand gegen die kontraproduktiven Gesetzentwürfe 7658 und 7662 beteiligt waren, einen großen Dank aus. Sie alle hätten Minister Meisch zum Umdenken bewegt.

Obwohl beide Vorhaben bezüglich der Besetzung von staatlichen Spitzenposten in einigen Lyzeen und Abteilungen des Unterrichtswesens zurückgezogen beziehungsweise von Grund auf überarbeitet werden, sprach sich der CGFP-Nationalvorstand dennoch dafür aus, das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren gegen die Regierung beizubehalten.

Keine Vetternwirtschaft

Trotz der Einsicht von Minister Meisch erfüllt die Regierung nämlich zwei wesentliche CGFP-Forderungen noch immer nicht. Die CGFP fordert weiterhin von Sportminister Dan Kersch, das fragwürdige Gesetzesprojekt 7708 entsprechend zu überarbeiten. Für die CGFP bleibt es inakzeptabel, dass Personen aus der Privatwirtschaft ohne erforderliches Fachwissen und entsprechende Erfahrung Zugang zu höheren Posten im Staatsdienst in Zukunft erhalten sollen.

Auch die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten (Chfep) brachte in ihrem kritischen Gutachten ihre Einwände zum Ausdruck. Bislang mussten alle Bewerber für den Posten des Sportkommissars die Zulassungs- und Ernennungsvoraussetzungen erfüllen, die für leitende Beamte der Verwaltung vorgesehen sind.



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (Mitte) umgeben von Patrick Remakel (Finanzverwalter), Gilbert Goergen (Vizepräsident), Pascal Ricquier (Assessor), Claude Heiser (Erster Vizepräsident), Carmen Jaffke (Assessorin) und Steve Heiliger (Generalsekretär) (v.l.n.r.).

Der Sportkommissar stellt eine öffentliche Funktion in der oberen Laufbahn dar. Folglich müsste laut Gutachten der Beamtenkammer der Abschluss eines Masters eine Grundvoraussetzung für die Besetzung dieses Postens sein. Unabdingbar ist zudem, dass die Anwärter die drei Amtssprachen beherrschen. Des Weiteren ist die CGFP der festen Überzeugung, dass nur Lehrkräfte, die seit einigen Jahren im Staatsdienst tätig sind, für Spitzenposten bei der Sportschule infrage kommen.

Ziel der CGFP ist es, dass auf gesetzlicher Ebene die nötigen Vorkehrungen zur Unterbindung von jeglicher Vetternwirtschaft getroffen werden. Nach der Kehrtwendung des Bildungsministeriums würde es nahe liegen, dass alle Ressortminister der Dreierkoalition die gleiche Richtung einschlagen. Der CGFP-Nationalvorstand erteilte der Exekutive grünes Licht, Kontakt mit Minister Kersch aufzunehmen, um eine Lösung zu finden.

Regierung muss Flagge zeigen

Zu allem Überfluss lässt die Regierung nach wie vor ein allgemeines und glaubwürdiges Bekenntnis gegen verwaltungsübergreifende Privatisierungstendenzen vermissen. Premierminister Bettel, dessen Partei einst mit dem Slogan „im Dialog mit dem Bürger“ auf Stimmenfang ging, weigert sich derzeit ein offenes Ohr für die Belange von zigtausenden systemrelevanten Staatsbediensteten zu haben (Stand: 22. Februar).

2018, als die CGFP die Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung gefordert hatte, war das Staatsministerium nach anfänglichem

Zögern um einen Konsens bemüht. Inzwischen scheint dem Regierungskapitän die Dialogfreudigkeit abhanden gekommen zu sein. Angesichts dieser Tatsache bleibt der CGFP wohl oder übel keine andere Wahl, als sich auf die erste Schlichtungsrunde einzustellen.

CGFP-Klarstellung zur Impfstrategie

Am 9. Februar informierten Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert die Sozialpartner anlässlich einer informellen Videokonferenz über die sanitäre Lage im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Besprochen wurde auch die nationale Impfstrategie. Für die CGFP nahmen Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger an diesem Austausch teil.

Premierminister Bettel begrüße die Bereitschaft der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, die Regierung bei ihrer Impfstrategie zu unterstützen, hieß es anschließend in einer Pressemitteilung der Regierung. Die Sozialpartner hätten sich bereit erklärt, sich aktiv an der Impfkampagne zu beteiligen, insbesondere durch die Förderung der Kampagne bei ihren Mitgliedern.

In diesem Zusammenhang stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff jedoch klar, dass sich die CGFP nicht das Recht nehme, ihren Mitgliedern deutliche Anweisungen zu geben, ob sie sich impfen lassen sollen oder nicht. Bei einem derart heiklen Thema, das viel Ungewissheit berge, müsse es jedem Bürger überlassen bleiben, seine eigene Wahl frei zu treffen.

Max Lemmer



MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



Klares Bekenntnis gegen Privatisierung der öffentlichen Schule

Minister Meisch erfüllt Kernforderungen der CGFP

Einen Tag vor der öffentlichen Anhörung im Parlament haben die CGFP und das Bildungsministerium am 2. Februar ein Abkommen bezüglich der beiden umstrittenen Gesetzentwürfe 7662 und 7658 unterzeichnet. Auch künftig können Spitzenposten in Lyzeen und Bildungseinrichtungen nicht mit Kandidaten aus der Privatwirtschaft besetzt werden. Trotz dieser Einigung hält die CGFP aus gutem Grund an ihrem Schlichtungsverfahren für den öffentlichen Dienst fest.

Bei ihrem hartnäckigen Widerstand gegen die zunehmende Privatisierung im öffentlichen Dienst kann die CGFP einen ersten großen Erfolg verbuchen. Auch wenn Premierminister Xavier Bettel sich noch immer weigert, persönlich mit der CGFP den Dialog anzutreten (Stand: 22. Februar 2021), trägt das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren gegen die gesamte Regierung erste Früchte.

Wochenlang hagelte es Kritik an Bildungsminister Claude Meisch. Die CGFP sowie deren Fachverbände FEDUSE/Enseignement und die Vereinigung der Sekundarschuldirektoren ADIL hatten dem Regierungsmitglied u.a. in einem offenen Brief mit dem Titel „Stopp! Esou net!“ vorgeworfen, die öffentliche Schule durch die Hintertür privatisieren zu wollen. Außerdem erreichte die von Ana Pinto eingereichte und von der CGFP unterstützte Petition zu diesem Thema das erforderliche Quorum für ein Hearing im Parlament (siehe dazu Seite 6).

Im Zuge des wachsenden öffentlichen Drucks wurde damals die geplante Abstimmung über die Neuregelung betreffend den Zugang für Direktionsposten im Sekundarschulwesen erfolgreich verhindert. In der Pipeline steckten noch zwei ähnlich ausgerichtete Gesetzentwürfe. Einer davon bezog sich auf drei Bildungseinrichtungen. Der andere betraf den Sportbereich.

Inzwischen ist der Unterrichtsminister von seinen fragwürdigen Privatisierungsplänen abgerückt. Am vergangenen 2. Februar unter-

zeichnete Claude Meisch anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz ein Abkommen mit der CGFP. Mit dieser Vereinbarung hat sich sein Ministerium ausdrücklich dazu verpflichtet, die CGFP-Kernforderungen zu berücksichtigen. Dabei handelt es sich um ein klares Bekenntnis gegen die Privatisierung der öffentlichen Schule.

Der äußerst umstrittene Gesetzentwurf 7662, der den Zugang für Direktionsposten in vier spezialisierten Lyzeen regelt, war bereits vorher auf Eis gelegt worden. Gemäß dem Abkommen wird der Text integral zurückgezogen, sobald ein neuer vorliegt. Die zuständigen CGFP-Mitgliedsorganisationen werden bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzesprojektes eingebunden.

Kein direkter Zugang für Vertreter aus der Privatwirtschaft

Geplant ist außerdem eine grundlegende Debatte über den Zugang für Direktionsposten, die Ausbildung der Führungskräfte und die Aufwertung dieser Stellen. Der Gesetzentwurf umfasst insgesamt vier Fachschulen: die Ackerbauschule (LTA), die Schule für Gesundheitsberufe (LTPS), die Erzieherische Schule (LTPES) sowie die Hotel- und Tourismusfachschule (EHTL).

Auf Drängen der CGFP wurde vereinbart, dass jene Passage, die es Personen aus dem Privatsektor ermöglicht hätte, direkt auf Spitzenposten der oben erwähnten Einrichtungen zu

Die Förderung der Vetterwirtschaft ist stark reduziert

Romain WOLFF,
CGFP-Nationalpräsident

gelangen, im neuen Gesetzentwurf nicht mehr zurückbehalten wird.

Neu ist, dass in Zukunft alle öffentlich Bediensteten für leitende Funktionen in den vier Lyzeen kandidieren können, vorausgesetzt sie verfügen über eine pädagogische Kompetenz und gehören seit mindestens fünf Jahren dem Staatsdienst an. Zudem müssen sie die drei Amtssprachen beherrschen.

Somit wird das Spektrum für die Einstellung von Führungskräften erweitert. Diese Neuregelung kann jedoch nicht auf die restlichen Sekundarschulen ausgedehnt werden. „Damit ist die Förderung der Vetterwirtschaft im öffentlichen Dienst zwar noch nicht ganz vom Tisch, aber äußerst stark reduziert“, bilanzierte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff vor der versammelten Presse.

Auch der Gesetzentwurf 7658, der die Zugangskriterien für Schlüsselposten in den drei Bildungseinrichtungen SCRIPT (Innovation/Forschung), IFEN (Weiterbildung) und CGIE (Informatik) festlegt, wird weitgehend nach den Vorstellungen der CGFP angepasst. Die ursprüngliche Fassung sah vor, dass nur zwei Amtssprachen ausreichen würden. Auf Betreiben der CGFP wird dieser Artikel ersatzlos gestrichen.

Ein guter Kompromiss

Ferner wurde sich darauf verständigt, dass alle Staatsbedienstete eine diesbezügliche Kandidatur einreichen können, insofern sie zwei Bedingungen erfüllen: Zum einen müssen sie über einen für den betreffenden Posten relevanten Masterabschluss verfügen, zum anderen müssen die Anwärter seit mindestens fünf Jahren der Kategorie A des Staatsdienstes angehören.

Somit bleibt auch in Zukunft Personen aus dem Privatsektor der direkte Zugang für Führungsstellen in den oben erwähnten Abteilungen verwehrt. Sobald die neue Fassung des Gesetzentwurfs 7658 vorliegt, werden die Änderungsanträge dem Parlament zur Begutachtung vorgelegt.

Die CGFP sieht sich in ihrer Annahme bestätigt, dass es keinen Grund gibt, bei der Besetzung von staatlichen Stellen auf Personen aus der Privatwirtschaft zurückzugreifen. Die Leitung einer Verwaltung oder eines Lyzeums setzt weitreichende Kenntnisse über die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes voraus. Außerdem würde die Besetzung von staatlichen Schlüsselposten mit Vertretern aus dem Privatsektor eine neue Vergütung zulasten des Staatshaushalts bewirken.

Bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen sowohl die CGFP als auch der Bildungsminister von einem guten Kompromiss. „Ich möchte unterstreichen, dass ich den Sozialdia-

Fortsetzung siehe Seite 6



Ich schätze den Sozialdialog mit der CGFP ganz besonders.

Claude MEISCH,
Bildungsminister

log mit der CGFP ganz besonders schätze“, sagte Claude Meisch. In den vergangenen Jahren habe man es geschafft, Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Zugleich bedankte er sich bei der CGFP und ihren Mitgliedsorganisationen für deren konstruktive Haltung.

Es ist dem Bildungsminister hoch anzurechnen, dass er vergangene Fehleinschätzungen nun eingeräumt hat und jetzt korrigiert. Das erzielte Abkommen sei der Beleg dafür, dass sich so manches in die richtige Richtung be-

wege, erfreute sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff. Es bleibe zu hoffen, dass andere Regierungsmitglieder auch bald Einsicht zeigen würden.

Dan Kersch muss sich bewegen

Keineswegs dürfe der Gesetzentwurf 7708 den Abgeordneten in seiner jetzigen Fassung zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Umsetzung dieses Vorhabens würde es unter anderem Anwärtern ermöglichen, ohne Erfahrung und Fachkompetenz leitende Funktionen der Sportschule ENEPS zu bekleiden. Die CGFP erwarte, dass Sportminister Dan Kersch einen ähnlichen Weg einschläge wie der Bildungsminister, so Wolff.

Trotz der jüngsten Übereinkunft mit Minister Meisch sehe die CGFP bisweilen keinen Grund,

ihr eingereichtes Schlichtungsverfahren für den gesamten Staatsdienst rückgängig zu machen. Nach wie vor habe die Regierung nicht erkennen lassen, dass sie gewillt sei, Abstand von weiteren Privatisierungsanstrengungen im öffentlichen Dienst zu nehmen (letzter Stand bei Redaktionsschluss). Die CGFP bestehe darauf, dass dieses Anliegen von Premierminister Xavier Bettel zur Chefsache erklärt werde.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die CGFP weiterhin gegen jede Schwächung des Staatsdienstes vorgehen. Die öffentlichen Dienstleistungen müssen im Interesse aller Bürger zuverlässig und für jeden zugänglich bleiben. Eine Aufweichung der Sprachkompetenz und eine schrittweise Aushöhlung des öffentlichen Dienstes wären der falsche Ansatz.

Die strengen überparteilichen Vorgaben bei der Besetzung von staatlichen Stellen dürfen keineswegs verwässert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Staatsdienst unabhängig von jeglicher politischen Einflussnahme bleibt. Die CGFP wehrt sich entschieden gegen Praktiken, die danach ausgerichtet seien, Parteimitglieder und hörige Personen aus dem Freundeskreis der Regierungsmitglieder nach Belieben auf staatliche Schaltstellen zu hieven.

Max Lemmer

Ana Pinto im Kampf gegen die Privatisierung des Schulwesens

Das engagierte Handeln einer mutigen Bürgerin

Die Privatisierung des Bildungswesens war am vergangenen 3. Februar Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Parlament. Auslöser dafür war die von Ana Pinto eingereichte Petition 1717, die einen sofortigen Stopp der Privatisierung der öffentlichen Schulen sowie den Rückzug des Gesetzentwurfs 7662 forderte. Unterstützt wurde die Bittstellerin u.a. von Philippe Kirsch, Prof. Dipl.-Ing., der nach seinem Berufseinstieg im Privatsektor inzwischen in einem Lyzeum unterrichtet. Auf Facebook rief er die erfolgreiche Gruppe „Fir qualifiziert Schoulpersonal – Géint Privatiséierung!“ ins Leben.

In ihrer Bittschrift sprach sich Ana Pinto gegen eine „Demolierung“ der öffentlichen Schulen aus. Ihrer Ansicht nach sollten Direktionsposten in den Lyzeen Kandidaten vorbehalten bleiben, die über die erforderlichen pädagogischen und didaktischen Kompetenzen verfügen. Die Petition wurde nicht von einer Person aus dem Fach gestartet, sondern von einer Elternvertreterin, die zugleich Mutter von zwei eingeschulerten Kindern ist.

Ana Pinto, die sich um die Zukunft aller Schüler sorgte, zeigte sich fest entschlossen, die breite Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Die Schule sei die „wichtigste Säule der Gesellschaft“, so Pinto. Deshalb sollte die Politik auf Experimente im Schulwesen verzichten und das bestmöglich qualifizierte Personal einstellen.

Mit ihrem Bittschreiben sammelte die Initiatorin binnen 42 Tagen beinahe 4.900 Unter-

schriften. Somit wurde das nötige Quorum für eine Debatte im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der beiden zuständigen Parlamentsausschüsse erreicht. Dieser Zuspruch ist der Beleg dafür, dass dieses Thema nicht nur Lehrkräfte, sondern auch zahlreiche besorgte Eltern und Bürger bewegt.

„Eine Petition zu starten, ist äußerst schwierig“, räumte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff anlässlich einer CGFP-Presskonferenz ein. Ein solches Unterfangen setze ein großes Engagement und viel Überzeugungsarbeit voraus, so Wolff, der sich ausdrücklich bei der Petentin für ihren Einsatz bedankte.

Bittstellerin in ständigem Kontakt mit der CGFP

Die CGFP und ihre zuständigen Fachverbände hatten die Unterschriftenaktion unterstützt, da der Gegenstand der Petition absolut deckungsgleich mit den von der CGFP eingeleiteten Schritten gegen Meischs fragwürdige Pläne war. Der Dachverband der öffentlich Bediensteten und die jeweiligen Fachverbände haben ihre Mitglieder mehrfach dazu aufgerufen, die Petition zu unterschreiben.

Einen Tag vor der diesbezüglichen Anhörung im Parlament hatte die CGFP in einem Abkommen mit dem Bildungsminister einen Rückzug bzw. eine Überarbeitung der beiden kontroversen Gesetzentwürfe 7662 und 7658 vereinbart. Auch wenn die CGFP letztendlich eine Einigung mit Claude Meisch erzielte, trug Ana Pintos Gesuch zweifelsohne zum Durch-



bruch der CGFP-Forderungen bei. Im Vorfeld des Hearings stand Ana Pinto zudem in ständigem Kontakt mit der CGFP, um sich über den neusten Stand der Dinge auszutauschen.

Obwohl das Hauptanliegen der Bittstellerin erreicht worden war, hielt sie an der öffentlichen Anhörung fest. Dabei warf sie die Frage auf, wie es überhaupt möglich gewesen sei, dass eine Privatisierung der öffentlichen Schulen in Betracht gezogen wurde. Die Kinder seien die Bürger der Zukunft. Deshalb sollte jeder Schüler die gleichen Rechte auf Bildung erhalten. Im Vordergrund müsse stets die Qualität des Bildungsangebots stehen.

Entscheidend für die CGFP ist, zu welchem Ergebnis die unternommenen Anstrengungen führen. Der Druck, der von mehreren Seiten aufgebaut worden war, führte schlussendlich dazu, dass sich der Bildungsminister plötzlich dialog- und kompromissbereit zeigte. Das jüngste Abkommen zwischen der CGFP und dem Unterrichtsministerium trägt den Kernforderungen der CGFP und der Petentin Rechnung.

ml



Schlichtungsverfahren für den öffentlichen Dienst

Verantwortungsvolles Handeln gefragt

Die Beziehungen zwischen der CGFP und der Regierung hatten einen Tiefpunkt erreicht. Hintergrund waren die vermehrten Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst, auch wenn Bildungsminister Claude Meisch in seinem jüngsten Abkommen mit der CGFP bereits Einsicht zeigte. Die Reaktion der Regierung auf das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren war unangemessen. Schnell erwiesen sich die vom Beamtenminister Hansen geäußerten Vorwürfe im Parlament als nicht stichhaltig.

Seit Ende November fordert die CGFP ein Dringlichkeitstreffen mit dem Staatsminister, um über die schleichenden Privatisierungstendenzen und andere gravierende Probleme zu diskutieren, die den öffentlichen Dienst betreffen. Am vergangenen 27. Januar machte die CGFP anlässlich einer Pressekonferenz ihrem Ärger Luft.

„Unser Verhältnis zur Regierung ist zurzeit nicht das allerbeste, um es höflich auszudrücken“, betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger. Man könne auch von einem tiefen Unbehagen sprechen. Natürlich sei sich die CGFP darüber im Klaren, dass es in Pandemiezeiten andere Probleme gebe, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Konkurse und damit verbundene Existenzbedrohungen.

Inmitten der aktuellen Pandemie habe die Regierung jedoch ausreichend Zeit gefunden, um binnen weniger Wochen gleich drei Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die es ermöglichen

sollten, Spitzenposten aus dem öffentlichen Dienst mit Vertretern aus der Privatwirtschaft zu besetzen. Dabei sollten die Anwärter weder über die nötigen Fachkompetenzen verfügen noch die allgemeingültigen Zugangskriterien erfüllen (siehe dazu auch Seite 5 und 6). Unter diesen Umständen sei es nicht verwunderlich, dass sich eine breite Front gebildet habe, die sich gegen jegliche Schwächung des öffentlichen Dienstes zur Wehr setze.

Hansens Verweis darauf, dass man bereits in anderen Bereichen des Staatsdienstes so vorgehe, sei für die CGFP mit Sicherheit kein Argument, diese Praktik weiter auszubauen. Lächerlich sei zudem die Behauptung der Regierung, es sei häufig unmöglich, die geeigneten Kandidaten innerhalb des öffentlichen

ziellen Anwärter nicht dem gewünschten Profil entsprechen würden, sei schleierhaft.

Regierung gefordert

Erschwerend hinzu komme, dass die drei Gesetzesprojekte im Alleingang ohne Dialog, in einer Nacht- und Nebelaktion und hinter dem Rücken der CGFP auf den Instanzenweg geschickt worden seien, entrüstete sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Ich sage es klar und deutlich: Diese Gesetzentwürfe würden die Fenster für Vetternwirtschaft groß aufreißen. Wenn man so etwas macht, dann ist man verantwortungslos. Nicht wir sind verantwortungslos, eine derartige Vorgehensweise wäre verantwortungslos!“ Aus diesem Grund dürften die drei Gesetzentwürfe in ihrer jetzigen Fassung den Abgeordneten nicht zur Abstimmung vorgelegt werden.

Vielleicht habe die CGFP der bedenklichen Entwicklung zu lange zugeschaut, räumte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger ein: „Jetzt muss Schluss damit sein.“ Auch auf anderen Gebieten, wie etwa im Bereich der Sicherheit, müssten die Privatisierungsbestrebungen ein für alle Mal aufhören.

Die Entscheidung, ein Schlichtungsverfahren in die Wege zu leiten, sei wohl überlegt gewesen, erklärte Heiliger. Als zuverlässiger, verantwortlicher und fairer Sozialpartner habe die CGFP alles versucht, um eine Lösung auf dem Verhandlungstisch zu erreichen. Bereits Mitte Dezember habe die CGFP auf ihrer Vorstandskonferenz darauf hingewiesen, dass die Regierung es in der Hand habe, den sozialen Frieden hierzulande aufrechtzuerhalten.

Alle Anfragen für ein Dringlichkeitstreffen mit dem Staatsminister seien komplett ignoriert worden, sodass der CGFP nichts anderes

Diese Gesetzentwürfe würden die Fenster für Vetternwirtschaft groß aufreißen

Romain WOLFF,
CGFP-Nationalpräsident

Dienstes ausfindig zu machen. Bei der Vielfalt, die es im Staatsdienst gebe, würden alle Bereiche – von der Umwelt über die Gesundheit und die Bildung bis hin zur Sicherheit und dem Steuerbereich – abgedeckt, bekräftigte Heiliger.

Kurioserweise seien manche Direktionsposten in den sogenannten spezialisierten Lyzeen überhaupt nicht ausgeschrieben worden, wunderte sich Heiliger. Wie die Regierung dennoch daraus schließen könne, dass niemand eine Kandidatur einreichen werde bzw. die poten-

Fortsetzung siehe Seite 9

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS (Attention: nouvelles heures d'ouverture!)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu – <https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

AFAS 
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Avez-vous changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/contact/changement-adresse

Ancienne adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
téléphone:

Nouvelle adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
email:



übrig geblieben sei, als vom Instrument des Schlichtungsverfahrens Gebrauch zu machen. „Sou ewéi hei vun der Regierung – a méi präzis vum Här Staatsminister – mat eis als CGFP verfuer ginn ass, dat geet guer net! Dat mécht ee mat kengem, a scho guer net mat enger Berufsorganisation, déi déi ganz Fonction publique vertrëtt“, ärgerte sich Heiliger.

Unmittelbar nachdem das Schlichtungsverfahren eingeleitet worden sei, habe der Beamtenminister im Rahmen einer Dringlichkeitsfrage im Parlament völlig unbegründete Vorwürfe gegenüber der CGFP erhoben. Es sei unverantwortlich, in diesen Zeiten eine Streikprozedur zu starten, meinte Marc Hansen. Der CGFP sei somit unterstellt worden, im Vorfeld nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, um einen Konflikt zu vermeiden, fuhr Heiliger fort.

Permanente Blockadepolitik

Dabei habe der Minister die von ihm im Keim erstickten unzähligen Verhandlungsbemühungen der CGFP und deren Fachverbände in seiner Rede nicht erwähnt. Nahezu sieben Wochen lang habe sich die CGFP vergeblich um ein Treffen mit dem Premierminister bemüht.

Hansens Vorwurf, die CGFP habe kein Gespräch mit ihm gesucht, sondern sich sofort an den Staatsminister gewandt, entspreche nicht der Wahrheit, stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff unmissverständlich klar. Anlässlich eines Treffens am vergangenen 11. November habe die CGFP sehr wohl den Beamtenminister mit der Problematik der zunehmenden Privatisierung im öffentlichen Dienst konfrontiert.

Damals habe sich Hansen jedoch geweigert, dieses Thema anzugehen, da es nicht auf der Tagesordnung stand. Statt sich die gewerkschaftlichen Bedenken in Ruhe anzuhören, habe der Minister die CGFP-Vertreter an die jeweiligen Ressortkollegen verwiesen. Nach dieser ablehnenden Haltung habe der CGFP-Nationalrat Ende November dem Exekutivbüro den Auftrag gegeben, mit dem Regierungschef in Kontakt zu treten, um über die schleichende Privatisierung zu diskutieren. Alle relevanten Themen, die den Staatsdienst betreffen, sollten zur Chefsache erklärt werden, lautete die Vorgabe.

Dieser Schritt sei die logische Konsequenz einer permanenten Blockadepolitik gewesen, mit der die CGFP seit der letzten Regierungs-umbildung zu kämpfen habe, unterstrich Steve Heiliger. Unter dem Vorwand der Corona-Krise seien sämtliche CGFP-Anliegen kategorisch abgeschmettert worden. Dies gelte auch für die sektoriellen Forderungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen, von denen viele überhaupt keine



Auswirkung auf den Staatshaushalt hätten. Die zweijährigen Verhandlungen seien dennoch ins Leere gelaufen.

Auch Hansens Behauptung, die CGFP habe von vorneherein die „Streikprozedur“ geplant, wurde auf der Pressekonferenz widerlegt: „Wir waren extrem geduldig und haben lange gewartet, doch irgendwann reicht es“, brachte es Romain Wolff auf den Punkt.

Wo bleibt der Kapitän?

Die Entscheidung, das Gespräch mit dem Premierminister zu suchen, sei kein Zufallsprodukt gewesen, ergänzte Heiliger. Ziel sei es gewesen, die Haltung der Dreierkoalition zum Thema „Privatisierung“ zu erfahren, statt nur die Meinung eines einzelnen Ministers oder einer bestimmten Partei einzuholen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet könne der Gesprächspartner der CGFP nur der „Kapitän“ der Regierung sein, wie Bettel sich selbst bezeichnet.

Am 23. Dezember habe der Staatsminister in einem Brief die CGFP wissen lassen, dass er Mitte Januar auf sie zukommen werde. Dieselbe Botschaft habe er im Neujahrsinterview auf RTL Télé Lëtzebuerg nochmals wiederholt. Doch auch diese Ankündigung sei ein leeres Versprechen geblieben. Am 18. Januar habe die CGFP ein letztes Mal im Staatsministerium per E-Mail nachgehakt. Als auch diese schriftliche Anfrage unbeantwortet blieb, sei das Schlichtungsverfahren von der CGFP in die Wege geleitet worden.

Statt mit der CGFP-Spitze in einem sachlichen Ton und konstruktivem Klima die wachsenden Probleme im öffentlichen Dienst und in der Gesellschaft zu erörtern, habe sich Bettel diesem Dialog verschlossen.

Am 20. Januar habe der Premierminister der CGFP ein weiteres Schreiben per Mail zukommen lassen, das pikanterweise auf den 18. Januar datiert war. In diesem knappen Brief habe

Xavier Bettel lapidar mitgeteilt, die CGFP-Anfrage nach einem Dringlichkeitstreffen sei „aus Gründen der unmittelbaren Zuständigkeit“ an den Minister des öffentlichen Dienstes weitergereicht worden.

Den Ernst der Lage verkannt

„Zu diesem Zeitpunkt war sich der Staatsminister offensichtlich nicht über den Ernst der Lage bewusst“, schlussfolgerte der CGFP-Generalsekretär. Das eingeleitete Schlichtungsverfahren richte sich nicht gegen den Beamtenminister, sondern gegen die gesamte Regierung. Folglich könne der Premierminister seine politische Verantwortung nicht mehr auf andere Regierungsmitglieder abwälzen. Spätestens seit das Schlichtungsverfahren eingeleitet wurde, seien die Anliegen der CGFP zwingend zur Chefsache geworden.

Nach Eingang des Schreibens von Xavier Bettel habe die CGFP noch am gleichen Tag in ihrer schriftlichen Antwort mit Nachdruck darauf gepocht, dass bis zur Sitzung des Exekutivrats am 25. Januar zumindest ein Datum für eine Unterredung festgelegt werden sollte, fuhr Heiliger fort. Im Staatsministerium habe jedoch weiterhin Funkstille geherrscht. Stattdessen habe der Beamtenminister per E-Mail der CGFP ein Gespräch angeboten. Für die CGFP sei jedoch eine Rückkehr zum Ausgangspunkt nicht hinnehmbar, zumal die ressortübergreifende Problematik über den Kompetenzbereich des Beamtenministers hinausgehe.

In Erwartung der ersten Schlichtungsrunde gehe die CGFP fest davon aus, dass die Regierung die erste Garde schicken werde. Alles andere würde von der CGFP als ein weiterer Affront gewertet werden. Die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation werde Aufschluss darüber geben, ob die Regierung die ganze Angelegenheit ernst nehme. Die CGFP werde jedenfalls durch die Mitglieder des Exekutivbüros, dem höchsten Gremium der Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten, vertreten sein.

Angesichts der aktuellen Corona-Krise ist die Lage an sich schon schwierig genug. Die Dreierkoalition täte deshalb gut daran, ihre hausgemachten unnötigen Probleme schnell zu lösen und gemeinsam mit der CGFP nach vernünftigen Lösungen zu suchen, hieß es abschließend.

**Sou ewéi hei vun der Regierung
– a méi präzis vum Här Staatsminister
– mat eis als CGFP verfuer ginn ass, dat geet guer net!**

La



propose à ses membres le **NOUVEAU** service

CGFP - SERVICES

fiscalité

- ▶ Un courrier de l'administration des contributions suscite des questions?
- ▶ Besoin d'une simulation?
- ▶ En cas d'options, vous n'êtes pas sûr du choix à prendre?
- ▶ Besoin d'assistance pour la préparation de la déclaration d'impôt?
- ▶ Le bulletin d'impôt semble incorrect ou non compréhensible?

@ fiscalite@cgfp-services.lu

☎ 47 36 51 -1



www.cgfp-services.lu/fiscalite.html

Volkswirtschaft und Staatsfinanzen trotz der Pandemie

An Menschenleben fordert die Covid-19-Krise ein höheres Tribut als befürchtet und offensichtlich sind die gesundheitlichen, psychologischen und allgemeinhinlichen Schäden auch viel schlimmer als erwartet. Doch an der Wirtschaftsfront sind die Nachrichten günstiger, nachdem die Ökonomen wieder eine deutlichere Sicht auf die entstandenen und die noch anstehenden Schäden haben als noch vor Monaten. Dabei ist allen durchaus bewusst, dass ein erheblicher Teil der üblen Konsequenzen sich erst mit klarer Verzögerung einstellen wird, wie Firmenkongresse, Personalentlassungen, Bankkreditausfälle und die Beanspruchung staatlicher Bürgschaften.

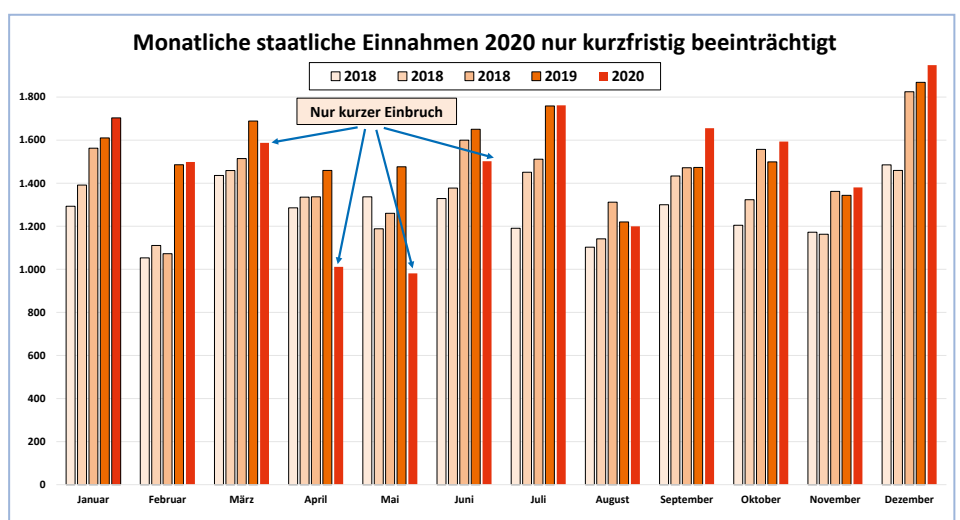
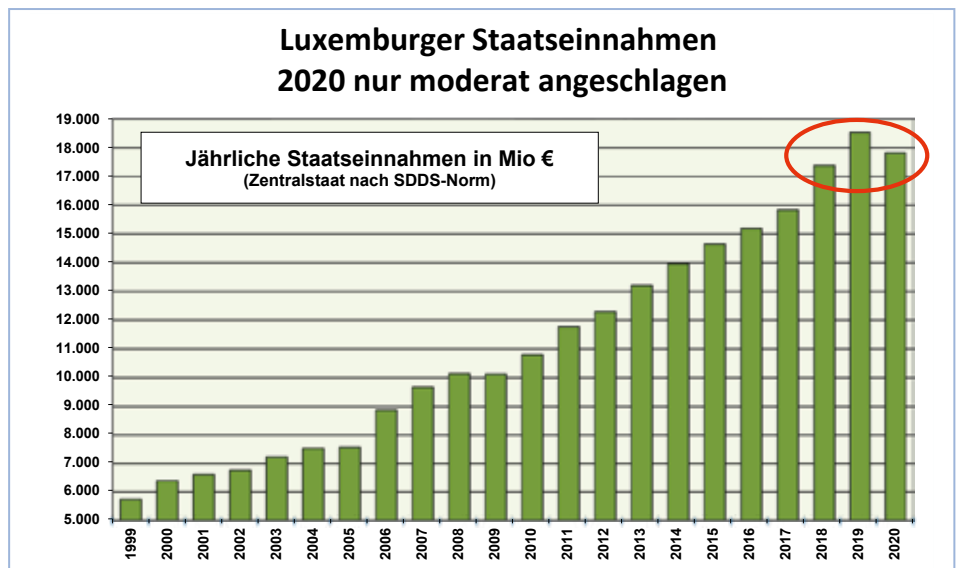
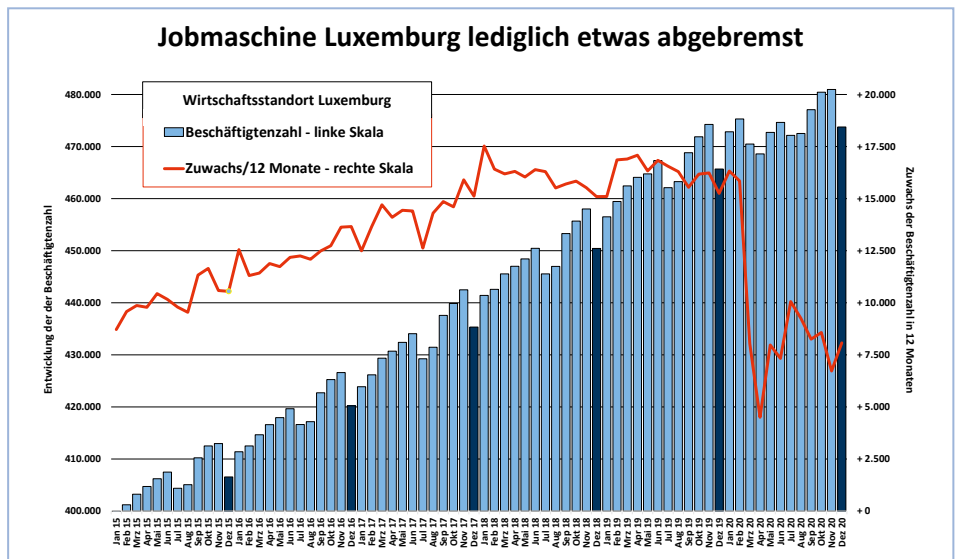
Der Allgemeinheit sind enorme Kosten entstanden, weil mannigfaltige energische Hilfsmaßnahmen in einem großen politischen und sozialen Konsens beschlossen und durchgezogen wurden. Doch der vorausgesagte Einbruch der Wirtschaft fiel deutlich schwächer aus als befürchtet und auch der Staatseinnahmeverlust erweist sich zumindest in Luxemburg als eher geringfügig. Auch die Sozialversicherungen weisen überraschend positive Konten aus.

Nebenstehend wird die jüngste Entwicklung in drei Grafiken verdeutlicht. Die erste zeigt anhand blauer Stäbchen (mit Bezug zur Skala links) die monatliche Entwicklung der Beschäftigung in unserem Land in den letzten sechs Jahren, wobei das Jahresende jeweils dunkelblau angezeigt wird. Ungeachtet der saisonalen Schwankungen (weniger Einstellungen in den Sommermonaten und im Dezember) hat sich die Zahl der besetzten Jobs in diesem Zeitraum von 400.000 auf 480.000 stetig erhöht.

Vor allem aber wurde diese positive Entwicklung durch die Covid-19-Epidemie bei uns keineswegs gestoppt, sondern lediglich etwas abgebremst. Die rote Linie in der Grafik belegt (in Verbindung mit der rechten Skala) den Nettoanstieg der Beschäftigung in den vorangegangenen zwölf Monaten. Während 2015 rund 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze besetzt wurden, lag die Nettoexpansion in den Jahren 2018 und 2019 jeweils zwischen 15.000 und 17.000 Arbeitsstellen. Die Pandemie brachte nun 2020 einen deutlichen Einbruch auf ein Wachstumsniveau von nur noch durchschnittlich +8.000 Jobs.

Das ist immerhin noch ein Zuwachs von +1,7 %, während ganz Europa und alle unsere Nachbarländer und -regionen deutliche Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen haben, in der Regel zwischen -0,5 % und -2,0 %. Dies verdeutlicht die strukturelle Gesundheit unserer Ökonomie und rechtfertigt zudem die Erwartung auf eine schnelle Erholung.

Die zweite Grafik (grüne Stäbchen) verdeutlicht die historische Entwicklung der jährlichen Staatseinnahmen (gemäß Statec-Angaben für den Zentralstaat nach SDDS-Norm) und belegt, dass der Staat 2020 mit einem Rückgang von lediglich -3,8 % oder -0,7 Milliarden Euro nur marginal weniger einnahm als im Vorjahr, nach



einem Zuwachs in den beiden Vorjahren von +10 % und +8 % (oder +1,6 und +1,1 Milliarden). Übrigens wuchsen die Ausgaben des Staates 2020 nach der gleichen SDDS-Norm um +14 % oder +2,7 Milliarden Euro.

Dabei ist hervorzuheben, dass die Staatseinnahmen – wie die dritte Grafik belegt – nur ganz

vorübergehend gesunken sind: im März um -6 %, im April um -31 %, im Mai um -34 % und im Juni um -9 %, vorwiegend wegen der vorübergehenden Stundung der Körperschafts- und Mehrwertsteuern. Insgesamt verbleibt der Ausfall bei 711 Millionen Euro.

P. Z.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.